Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 136. Abendblatt. Freitag, den 20. März 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 19. März. Das Ballfest, welches gestern Abend beim Grafen Bismarck stattfand, gehörte zu den größten gesellschaftlichen Festlichkeiten, die seit längerer Zeit hier gegeben worden sind. Es waren dazu etwa 1200 Einladungen an hervorragende Persönlichkeiten aus allen Lebensstellungen ergangen und zur Aufnahme der Gäste die Räumlichkeiten des Ministeriums des Auswärtigen und des Bundeskanzleramts verbunden und eingerichtet. An der Frontseite des Gebäudes waren 10 Zimmer für die Gesellschaft bestimmt, nämlich 2 für den Tanz, 4 für die Konversation und die übrigen für das Souper. Graf Bismarck, in der Uniform seines Kürassier-Regiments, empfing die Gäste im ersten Zimmer, welche dann im zweiten Zimmer der Frau Gräfin ihr Kompliment machten. Das Fest begann um 9 Uhr. Bald nach Eröffnung desselben erschienen der König und die Königin, der Kronprinz, der Prinz und die Prinzessin Karl, Prinz und Prinzessin Friedrich Karl, die Prinzen Georg und Alexander, der Prinz August von Würtemberg, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, begleitet von vielen Personen des Hofes. Ferner waren bei dem Feste zugegen der größte Theil des diplomatischen Korps, darunter der englische und französische Botschafter, die Minister, die Mitglieder des Bundesraths des norddeutschen Bundes und des Zollparlaments, die fremden Militär-Bevollmächtigten, Feldmarschall Wrangel, viele Generale und Offiziere aller Grade. Auch die Kreise der Wissenschaften, Künste und Industrie waren vielfach vertreten. Der Tanz fand in zwei Sälen statt. Während dieser Zeit wurden in allen Zimmern die verschiedensten Arten Erfrischungen, Gebäck u. s. w. herumgereicht, wobei auch Bier nicht fehlte, das von den Dienern in silbernen Kannen servirt wurde und seiner Vortrefflichkeit wegen bei Jung und Alt den lebhaftesten Zuspruch fand. Graf Bismarck eilte ununterbrochen durch die Reihen der Gäste, um zu sehen, ob für ihre Bedürfnisse und Wünsche Sorge getragen sei. Das Souper wurde von den Damen in dem Nebensalon an kleinen Tischen, von den Herren stehend eingenommen. Für die Königliche Familie und den Hofstaat war eine besondere Tafel in dem Salon der Gräfin aufgestellt. Ihre Majestäten verweilten bis Mitternacht auf dem Feste, die Prinzen noch längere Zeit. Das Feste endete Morgens 4 Uhr. — Ueber die Vorgänge auf dem westphälischen Provinziallandtag, dessen Sitzungen bekanntlich vom Königl. Kommissarius vorläufig geschlossen worden sind, weil der Graf Westphalen der Aufforderung desselben, sich aus dem Sitzungssaal zu entfernen, nicht nachgekommen war, sind von der Staatsregierung hier Berathungen gepflogen und eine Entscheidung dahin getroffen worden, daß auf Grund vom 13. Juli 1827, durch welche dem Königl. Kommissarius die Befugniß ertheilt wird, die Berechtigung zur Theilnahme an den Verhandlungen des Provinziallandtags zu prüfen und festzustellen, der Oberpräsident von Westphalen ermächtigt worden ist, dem Grafen Westphalen die Theilnahme an den Verhandlungen zu versagen, bis derselbe seine bekannte Erklärung vom 25. August 1866 zurückgenommen hat. Der Graf hat sich in dieser Erklärung bekanntlich von dem geleisteten Homagialeid losgesagt und ist dadurch zugleich seines Rechtes zur Ausübung ständischer Rechte verlustig gegangen. Die Regierung wird diesen Beschluß mit allen Mitteln, sei es gegen die Betheiligten, sei es gegen den Provinziallandtag selbst durchführen. — Die Angaben der Zeitungen über den Inhalt des Gesetzentwurfs, das Rechnungswesen des norddeutschen Bundes betreffend, sind mit Vorsicht aufzunehmen. Der für den Bundesrath resp. den Reichstag bestimmte Entwurf ist jetzt Gegenstand der Erwägung der Staatsregierung und hat bis jetzt die Zustimmung derselben noch nicht erhalten. — Ueber die Antecedentien des Geh. Justizraths und vortragenden Raths im Justizministerium Falck sind in den Zeitungen falsche Nachrichten vorbereitet. Derselbe war bis zum Eintritt des Ministeriums Hohenzollern-Auerswald Staatsanwalt in Ostpreußen, wurde als Abgeordneter in den Landtag gewählt und schloß sich hier der ministeriellen Fraktion an. Unter dem Ministerium Bernuth wurde er als Hülfsarbeiter in das Justizministerium berufen und später zum Appellationsgerichtsrath in Glogau ernannt, von wo er jetzt in das Justizministerium als vortragender Rath zurückkehrte. — Die Konferenzen wegen eines Postvertrages mit der Schweiz habe am Montag ihren Anfang genommen. Die Kommissarien, die an den Verhandlungen theilnehmen, sind preußischerseits der General-Postdirektor v. Philipsborn und der Geh. Ob.-Postrath Stephan, schweizerischerseits der hiesige schweizerische Gesandte Dr. Heer und die Postsekr. Fuchs und Steinheiserlin. Mit Rücksicht darauf, daß Baiern, Würtemberg und Baden Grenznachbarn der Schweiz sind und deshalb vorzüglich an der Regelung der postalischen Verhältnisse mit diesem Lande betheiligt sind, haben dieselben die Aufforderung erhalten, die Konferenz zu beschicken. Es sind demnach von der baierischen Regierung der Ministerial-Rath Baumann, von der würtembergischen der hiesige Gesandte v. Spitzenberg und der Postrath Hofacher und von der badischen der Ober-Postsekretär Heß mit dem Kommissarium für diese Verhandlungen betraut worden. — Der Beschluß der hiesigen Stadtverordneten, die Miethssteuer, nicht zugleich auch die Haussteuer zu erhöhen, mit der Erhöhung der Steuer also besonders die ärmeren Klassen zu bedenken, macht hier fortwährend viel böses Blut und hat erst am Montag wieder zu einer stürmischen Versammlung Veranlassung gegeben. Der Vorfall wird nicht ohne politischen Rückschlag bleiben. Die Stadtverordneten, die zum Theil, wie Virchow, Löwe u. s. w. zugleich Abgeordnete sind, haben sich die Gunst des demokratischen Publikums fast gänzlich verscherzt. Andererseits scheint das Publikum, belehrt auch durch diesen Vorfall, immer mehr zu der Erkenntniß zu kommen, daß es klüger ist, in den Vereinen mehr auf die städtische Verwaltung, als auf die große Politik die allgemeine Aufmerksamkeit zu richten.

Berlin, 20. März. Se. Maj. der König nahm gestern Vormittags im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadt-Kommandanten Grafen Bismarck-Bohlen, die Meldungen des Flügeladjutanten und Regiments-Kommandeurs Obersten von Strubberg, des Majors von Bernuth, des Majors Grafen Waldersee, des Rittmeisters Grafen Waldersee ꝛc. entgegen, arbeitete hierauf mehrere Stunden mit dem General v. Podbielski und dem Chef des Militär-Kabinets v. Treskow, beglückwünschte mit den übrigen hohen Herrschaften den Fürsten Wilhelm Radziwill zur Geburtstagsfeier, empfing demnächst den Regierungs-Direktor in Waldeck v. Flottwell und konferirte hierauf mit dem Minister-präsidenten Grafen v. Bismarck. Abends fand im Palais eine Soirée statt.

— Der Kronprinz von Sachsen ist gestern Abend von Dresden hier eingetroffen und mit seinem Gefolge im hiesigen Schlosse abgestiegen. Die Frau Kronprinzessin kommt heute hier an. Die Herrschaften werden mehrere Tage hier verweilen.

— Der Ausschuß des Bundesrathes des norddeutschen Bundes für Handel und Verkehr versammelte sich gestern Mittag zur Fortsetzung der Enquête über das Hypotheken-Bankwesen.

— Der Ausschuß des Bundesrathes des norddeutschen Bundes für Eisenbahnen, Post und Telegraphen trat gestern Mittag zu einer Sitzung zusammen, um den Postvertrag mit Norwegen zu berathen.

— Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Bundeskanzler-Amtes, betreffend den provisorischen Gebühren-Tarif für die Konsuln des norddeutschen Bundes, vom 15. März 1868, ferner eine Bekanntmachung des Vorsitzenden des Bundesrathes des deutschen Zollvereins vom 7. d. M., des Inhalts, daß der König von Baiern noch ferner zum Bevollmächtigten bei dem Bundesrathe des deutschen Zollvereins den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Freiherrn Pergler v. Perglas ernannt habe.

— Einer Korrespondenz der „Frkf. Ztg.“ zufolge beabsichtigt der hiesige Magistrat die neue Gewerbeordnung in Berathung zu ziehen und die etwa der Abänderung bedürftigen Punkte entweder in einer Petition direkt beim Reichstage zur Sprache zu bringen oder doch wenigstens seinen Mitgliedern, welche dem Reichstage angehören, den Abgg. v. Hennig, Hagen und Runge von seinen Ansichten Kenntniß zu geben.

Berlin, 19. März. Der Bundesrath des Zollvereins hielt gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück eine Sitzung. Es wurden verwiesen: Anträge des Präsidiums, betreffend die Anstellung und Remunerirung der Zollvereinsbeamten, an den III. Ausschuß; betr. die Uebersichten über die Salzsteuer an den I.; betr. die Behandlung von Handgepäck auf Eisenbahnen an den I.; Baierns betreffend den Zolltarif und das amtliche Waarenverzeichniß an den I. und II.; betreffend die zollamtliche Behandlung des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen an den I.; Würtembergs betreffend die Verbesserung der Gehälter der Zollamtsdiener an den I.; von Reuß j. L. betreffend die Tarifirung von Glykose an den I. und II. Ausschuß. Auf den Antrag des Vorsitzenden erklärte die Versammlung sich damit einverstanden, daß die im Jahre 1865 angeknüpften kommerziellen Verhandlungen mit der Schweiz wieder aufgenommen würden. Auf den Bericht des I. Ausschusses (Referent v. Liebe) wurde beschlossen, die Petition des Vorstandes der Zuckersiederei-Kompagnie Bernburg, um Erhebung der Steuer von dem Zucker anstatt von der Rübe, für jetzt zu den Akten zu nehmen. Ferner auf den Bericht desselben Ausschusses (Referent Riecke), auf der niederländischen Rheineisenbahn, von Arnheim über Emmerich nach Oberhausen, Wein mit dem Zollerlaß von 20 pCt. zuzulassen; (Referent v. Weber): sich mit der eingetretenen Zollbegünstigung von eisernem Schiffsmaterial einverstanden zu erklären; (Referent Riecke): Auch bei Holzschachteln, in denen Konfituren eingehen, die probeweise Verwiegung zuzulassen; (Referent Riecke): Die Pauschsumme für Luxemburg auf 900 Thlr. zu erhöhen. Auf den Bericht des II. Ausschusses (Referenten Weinlich und Kirchenpauer); Das Präsidium zur Einleitung von Verhandlungen mit Portugal und dem Kirchenstaat über den Abschluß von Handels- und Schifffahrts-Verträgen zu ermächtigen. Endlich wurden Petitionen an die Ausschüsse verwiesen und eingegangene Druckschriften vertheilt.

— Die telegraphisch erwähnte Erklärung der „Karlsr. Ztg.“ gegen die neuerdings verbreiteten Märchen von der Stiftung eines süddeutschen Bundes lautet wie folgt: Eine zuerst von der „Demokratischen Correspondenz“, dann von den verschiedenen „Beobachtern“ gebrachte Nachricht fordert, nachdem sie Eingang in verschiedene geachtete Blätter gefunden, eine Widerlegung heraus. Es seien zwischen den süddeutschen Staaten Verhandlungen über die Bildung eines süddeutschen Bundes im Zug. Auf Winke aus Berlin, welche ihrerseits durch Winke aus Paris veranlaßt worden, habe die Königlich baierische Regierung Vorschläge zur Gründung eines solchen Bundes (jedoch ohne ein süddeutsches Parlament) gemacht. Nach Karlsruhe seien aus Berlin förmliche Weisungen ergangen, einem solchen Projekt nicht entgegenzutreten. Baden nehme nun an den besagten Verhandlungen Theil. Die Korrespondenz geht so weit, angeblich offizielle Aeußerungen der Großherzoglichen Regierung über ihr Verhalten zu dem Vorschlag mitzutheilen. — Es bedarf kaum der Versicherung, daß an der ganzen für authentisch ausgegebenen Mittheilung kein wahres Wort, daß der behauptete oder auch nur ein ähnlicher Vorschlag von keiner Seite gemacht und noch weniger Gegenstand irgend welcher Verhandlung ist. Die bezeichneten Blätter scheinen nur das Bedürfniß gefühlt zu haben, eine neue Kundgebung, wie ihrer Wahrheitsliebe, so ihrer vaterländischen Gesinnung und ihres politischen Takts in die Welt zu senden; und um jedes Mißverständniß auszuschließen, brechen sie erst in Klagen darüber aus, daß die Ereignisse des Jahres 1866 Deutschland so weit heruntergebracht, daß ihm vom Auslande her ein Südbund aufgezwungen werden könne, um gleich darauf in Einem Athemzuge zu versichern, die deutsche Volkspartei werde fortfahren, den Südbund zu verlangen und „in natürlichem und nationalem Boden wurzelnd“ die süddeutschen Regierungen zu dessen Annahme zwingen.

— Aus Gotha wird der „A. Z.“ Mittheilung über eine Demonstration, welche der Prinz Napoleon zu Gunsten Preußens daselbst gemacht hat. Er hat nämlich eine Einladung des Prinzen Friedrich von Augustenburg zu einer Abendgesellschaft, „wegen Ermüdung von der Reise“, abgelehnt.

— Der Generallieutenant v. Knobelsdorf von der Armee wird als designirt zur Uebernahme der Kommandantur von Altona, sowie der auf Hamburger Gebiet garnisonirenden preußischen Truppen bezeichnet. Bis zu einer definitiven Besetzung dieses Postens ist dem Obersten v. Zglinitzki, Kommandeur des 2. schles. Grenadier-Regiments Nr. 11 in Altona, die Wahrnehmung der betreffenden Geschäfte übertragen worden.

— Dem hiesigen türkischen Gesandten, Aristarchi Bey, soll die Stelle des General-Gouverneurs auf Kreta angeboten worden sein. Derselbe ist bekanntlich ein Schwiegersohn des verstorbenen Generals v. Bonin.

— Bekanntlich steht die Beschlußfassung über die gesetzlich den Kreisen und Gemeinden obliegende Verpflichtung zur Unterstützung der Familien der zum Dienst einberufenen Reservisten und Landwehrmänner schon für die nächste Session des Reichstages bevor und sollen in dem betreffenden Entwurf die Erfahrungen des letzten Krieges insbesondere Berücksichtigung gefunden haben. Es waren diese Erfahrungen nichts weniger als durchgehends freundlicher Natur und wird es demnach jetzt darauf ankommen, die erwähnten Unterstützungen auf bestimmte Normen zurückzuführen, welche eine Beeinträchtigung der durch dies Gesetz ins Auge gefaßten Verpflichtung in keiner Weise mehr zulassen und den zu jener Unterstützung Berechtigten den vollen Bezug derselben sichern. Ebenso wird in der nächsten Reichstagssession bereits das Gesetz über die Transportvergütung für die Beförderung der Truppen auf Eisenbahnen seine Erledigung finden.

— Nach Andeutungen, welche von unterrichteter Seite stammen, sind alle Detailangaben, welche auf die beabsichtigte Einrichtung einer Ober-Rechnungskammer für den norddeutschen Bund Bezug haben, für jetzt als verfrüht zu betrachten. Der Gegenstand befindet sich zur Zeit noch in dem Stadium der Vorberathung durch das preußische Staatsministerium und bis zur Feststellung eines Entwurfs ist man noch nicht gelangt.

— Ueber das Römer Hafenprojekt ist gutem Vernehmen zufolge die Entscheidung jetzt dahin gefallen, daß der Staat die gewünschte Konzession ertheilen, dagegen die erbetene Zinsgarantie verweigern will.

— Unter dem Vorsitze des Generals der Infanterie, Freiherrn v. Moltke, Chef des Generalstabes der Armee, wird eine aus höheren Militärs aller Waffen gebildete Kommission in Berlin zur Berathung fortifikatorischer Aenderungen und Neuanlegung von Befestigungswerken in dem Bereich des norddeutschen Staatengebietes zusammenberufen werden.

— Es wird in den betreffenden Kreisen bereits eine lebhafte Agitation gegen das neue Tabackssteuergesetz vorbereitet. Das Centralcomité des Tabacksvereins hat sich an den Finanzminister mit der Bitte gewendet, eine Versammlung von Fachmännern aus Norddeutschland nach Berlin zu berufen, um ihre Meinung über den vorgelegten Gesetzentwurf zu hören.

— Der Ausschuß des Hülfsvereins für Ostpreußen spricht folgende Bitte aus: Den zahlreichen Wohlthätern unseres Vereines, welche zu verschiedenen Zeiten die Absicht kundgegeben haben, uns unmittelbar vor der Saatzeit, zur freien Vertheilung an den ärmsten Theil der Bevölkerung Ostpreußens, Pflanzkartoffeln und anderes Saatgut aus ihrer Gegend anzuvertrauen, sprechen wir jetzt die Bitte aus, ihre Liebesgaben für die erste Woche Aprils in Bereitschaft zu halten, und uns sobald wie möglich über die zu erwartenden Mengen genau zu unterrichten. Wir stehen bereits zu dem Ende im Briefwechsel, um die Darreichung an Ort und Stelle durch unsere, aus den landwirthschaftlichen Vereinen Ostpreußens mittels freier Wahl hervorgegangenen Kreis-Ausschüsse, in möglichst heilsamer und möglichst allgemein befriedigender Weise ins Werk zu setzen. Sehr wünschenswerth wird es sein, wenn die einzelnen Saatfruchtgaben so konzentrirt werden können, daß sie ganze Eisenbahnwagen-Ladungen ausmachen. — Sollte die bisher in dankenswerther Weise allgemein zugestandene Frachtfreiheit für Saatgut nicht ferner gewährt, sondern nur eine Ermäßigung der Fracht zugestanden werden, so würde es, um diese Ermäßigung zu erlangen, bei Kartoffeln unerläßlich sein, jede einzelne Sendung mindestens aus 100 Centnern bestehen zu lassen. — Ueber den Erfolg unserer Bemühungen zur Wiedererlangung der völligen Frachtfreiheit für Saatgut behalten wir uns eine baldige weitere Mittheilung vor.

Breslau, 17. März. Der Fürstbischof Dr. Förster hat sich heute nach Wien begeben, um seinen Sitz im österreichischen Reichsrathe einzunehmen; er wird in etwa acht Tagen zurückkehren.

Münster, 17. März. Ueber die Sistirung des Landtags, die wir schon gemeldet, wird der „K. Z.“ berichtet: Der Provinzial-Landtag für die Provinz Westphalen hält heute und morgen keine Sitzung; die Mitglieder werden zur nächsten Sitzung durch den Herrn Landtags-Marschall v. Holzbrink, Präsidenten des Regierungsbezirks Arnsberg, schriftlich eingeladen werden. Grund dieser Bestimmung ist, daß in der gestrigen Versammlung Herr Graf v. Westphalen erschienen war, worauf dieselbe sofort geschlossen wurde. Von hier aus ist telegraphisch nach Berlin um

weitere Verhaltungsmaßregeln angefragt worden und bis jetzt noch keine Antwort eingetroffen.

Dresden, 17. März. Die zweite Kammer hat gestern das Regierungspostulat, betreffend die Verwendung des sogenannten Stellvertretungsfonds zur Bildung eines Zulagefonds für Unteroffiziere, nach längerer Debatte mit erheblicher Stimmenmehrheit abgelehnt. Es geschah dies trotz der dringenden Befürwortung des Kriegsministers v. Fabrice, aus dessen Rede wir einige auch nach anderer Richtung hin bemerkenswerthe Sätze wiedergeben. Im Jahre 1866 (sagte Hr. v. Fabrice) hätten sich die sächsischen Truppen bewährt, und habe das ganze Land Ursache gehabt, mit der Haltung der Armee zufrieden zu sein. Inzwischen sei man in ganz neue Verhältnisse eingetreten, in welche man unmöglich sofort mit einem Sprunge herübertreten und doch auf gleicher Höhe wie die preußischen Armeekorps stehen könne. Wo die preußischen Truppen schon längst seien, dahin wollten wir erst gelangen. Die Schwierigkeiten des Ueberganges seien unendlich groß; durch die neue Einrichtung werde eine große Vermehrung der Kadres nothwendig gemacht. Unbedingt sei es daher nothwendig, daß man sich ältere Unteroffiziere erhalte, so lange als irgend möglich. Wenn man zu diesem Zwecke jetzt nicht außerordentliche Mittel aufwende, so riskire man möglicher Weise beim Eintritt neuer Verwickelungen einen militärischen Bankerott. Es liege keineswegs in der Hand des Kriegsministers, Ersparnisse zu machen; die Präsenz werde eben vom Bunde festgestellt. Würde man aber auch einst zu dem Prinzip einer niedrigeren Dienstzeit gelangen, dann würde die Nothwendigkeit, gute und ältere Unteroffiziere der Armee zu erhalten, erst recht hervortreten. Dies zu erreichen, biete der Stellvertretungsfonds ein geeignetes Mittel. Er müsse daher bitten, die ganze Angelegenheit vom allgemeinen politischen Standpunkte aus zu betrachten und zu erwägen, daß es nicht unmöglich sei, daß in der nächsten Zeit ernste Verwickelungen einträten. Dann könnte man leicht in die Lage kommen, zu bedauern, daß man jetzt die Mittel verweigert habe.

Deßau, 18. März. Se. Hoh. der Herzog von Sachsen-Altenburg ist gestern zum Besuche am Herzoglichen Hofe hier eingetroffen. — Durch die Gesetzsammlung wird das Gesetz, die Regelung des Deichwesens betreffend, publizirt. Darnach sollen die Besitzer der der Ueberschwemmung ausgesetzten Grundstücke zu Deichverbänden vereinigt werden. Die Deiche, welche Schutz gegen das Hochwasser der Elbe und Mulde gewähren, sind bisher von dem Landesfiskus des ehemaligen Herzogthums Anhalt-Deßau errichtet und unterhalten worden.

Ausland.

Wien, 19. März. Im Herrenhause fand heute die Berathung über den Ehegesetzentwurf statt. Die Majorität des Ausschusses beantragt die Annahme des Gesetzes in der Fassung des Abgeordnetenhauses, nämlich die Einführung weltlicher Ehegerichte, der Nothcivilehe und des bürgerlichen Gesetzbuches in Ehesachen der Katholiken. Die Minorität verlangt die Zurückweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß zur Formulirung derjenigen Punkte, welche Behufs einer künftigen Einigung mit Rom der Aenderung bedürftig sind. — Graf Mensdorff stellt den Antrag, die Debatte bis zur Beendigung der Verhandlungen mit Rom zu vertagen. — Bei Beginn der General-Debatte spricht der Kultusminister für den Antrag der Majorität des Ausschusses. Das Konkordat könne nicht für immer binden, weil es mit der Souveränetät des Staates unvereinbar sei. Die Regierung wolle die Freiheit der Kirche, aber auch die Wahrung der Staatssouveränetät. Gegen den Antrag der Majorität sprechen Graf Rechberg, Blome und Kardinal Rauscher. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Paris, 17. März. Das „Journal de Paris" macht bezüglich der heute erschienenen Broschüre: „Lestitres de la dynastie napoléonienne" die Bemerkung: „Was in diesen Briefen pikant ist, ist, daß man sich darin sehr stark auf die Autorität des Herrn Thiers beruft. Wir beklagen uns darüber nicht. Wir bemerken bloß, daß Hr. Thiers öfter Recht hat, als es in der Broschüre gesagt worden ist." Die „Liberté" sagt bezüglich der Broschüre: „Der Verfasser der Broschüre hat sich damit begnügt, „die verschiedenen Kundgebungen des nationalen Willens, welche unter den beiden Republiken und unter den beiden Kaiserreichen die napoleonische Dynastie gegründet haben", in ein Aktenbündel zu vereinigen. Der Verfasser glaubt, und er sagt dies in der Vorrede, daß aus dieser „für die Geschichte merkwürdigen Zusammenstellung" eine große politische Lehre gezogen werden kann." Auch der „Temps" scheint nicht sehr begeistert von der Broschüre zu sein. „Man sieht," sagt er, „die Broschüre behauptet gleichzeitig den kühn liberalen Charakter der Konstitution, unter welcher wir leben, und die providentielle Sendung der vierten Dynastie, die zweimal Frankreich vom Abgrunde errettet hat. Ueber den ersten Punkt ist die Kontroverse schwierig, um nicht zu sagen, unmöglich für jeden, der nicht das Privilegium hat, seine Gedanken der Kaiserlichen Druckerei anzuvertrauen. Der zweite Punkt ist ein historischer Satz, den man vielleicht leichter in Erwägung ziehen kann."

— Die Brigade Potier soll nun doch demnächst Befehl erhalten, den Kirchenstaat zu verlassen. Ueber diese theilweise Räumung hinaus sei für lange Zeit keine Aenderung zu hoffen. — — Die Heiraths-Ankündigung der Herzogin von Morny ist veröffentlicht.

Paris, 19. März. Mellinet, der bisherige französische Geschäftsträger bei der Republik Venezuela, ist in gleicher Eigenschaft nach Bukarest versetzt worden. — Der „Etendard" dementirt die Gerüchte, denen zufolge in Neuilly Unruhen stattgefunden haben sollen.

Rom. Der Papst hat einige epileptische Anfälle gehabt, nachdem er seit einem Jahre davon verschont geblieben. Sie waren diesmal so schlimm, daß Dr. Prela, sein Leibarzt, erklärte, das Leben des hohen Patienten würde gefährdet sein, wenn er sich nicht mehr schonte. Se. Heiligkeit hat sich, wie es scheint, den geistlichen und politischen Pflichten seines Amtes mit zu großer Anstrengung gewidmet.

London, 16. März. In der heutigen Unterhaus-Debatte ergriff nach mehreren andern Gladstone das Wort. Unter lebhaftem Zuruf der Opposition sprach er äußerst heftig gegen die Vorschläge der Minister, deren Grundfehler darin liege, daß sie die Wichtigkeit der irischen Kirche nicht erfaßt hätten. Gladstones Rede enthält vieles, was schon früher von Oppositionsmitgliedern hervorgehoben worden war, wie dies nach der langen Debatte über Irland kaum anders möglich ist. Den Nachdruck legt auch er auf die Frage der Erziehung, der Agrargesetze und der Kirche. Den katholischen Universitätsplan behandelt er als einen todtgeborenen Gedanken. Den Pächtern will er die Verbesserung ihrer Pachtgüter durch Unterstützung aus Staatsmitteln möglich machen, nicht aber den Brightschen Plan, dessen Gebrechen er auseinanderzusetzen bemüht ist, in toto befürworten. Am entschiedensten spricht er gegen den Fortbestand der irischen Staatskirche, welche dnrch die öffentliche Meinung des Landes und durch die Majorität des Parlaments rettungslos verdammt sei. — (Diese Erklärung Gladstones, welche mit seinen früheren Ansichten über Kirche und Staat in starkem Widerspruch steht, wird von den Regierungsbänken mit höhnendem Zuruf, von der anderen Seite mit lautem Beifall begrüßt.) In Bezug auf den Modus, wie die Abschaffung der Staatskirche mit möglichster Schonung überkommener Rechte vollzogen werden solle, schließt er sich den Vorschlägen Brigths an. Schließlich empfiehlt er Mr. Maguire, seine Resolutionen zurückzuziehen, giebt aber dabei in unzweideutiger Weise zu verstehen, daß — wofern Disrali nicht eine wesentliche Modifikation der durch Lord Mayo eingebrachten Regierungsvorschläge zusage — es Pflicht der Opposition sein werde, das Haus zu einer entschiedenen Meinung über diese Frage zu veranlassen (d. h. einen direkten Mißtrauensantrag gegen die Regierung einzubringen). — Disraeli, der von seinen Parteigenossen nicht minder lebhaft begrüßt wird, wie Gladstone von den seinigen empfangen worden war, schildert als Einleitung das ihm beschiedene traurige Schicksal, unmittelbar nach Uebernahme der Premierschaft eine sieben Jahrhunderte alte Frage lösen zu sollen. So wenigstens laute das Gebot der Opposition, die während der dreißig Jahre, die sie selber im Amte gewesen, zur Lösung derselben keinen Versuch gemacht habe. Er vertheidigt hierauf den katholischen Universitätsplan, der nach Allem, was bekannt sei, einem alten Wunsche der irischen Katholiken begegne. Er erklärt in Betreff der von der Regierung gemachten Pachtvorschläge, daß sie Alles in sich schließen, was sich im gegenwärtigen Augenblicke praktisch erreichen lassen dürfte. Und schließlich leugnet er, im Gegensatz zu vielen früheren Rednern, namentlich zu Gladstone, den er einen Konvertiten Brights und Mills nennt, daß das Institut der Staatskirche und überhaupt das Prinzip der Kirchenunterstützung aus Staatsmitteln verdammt werde. Im Uebrigen spricht er die Ueberzeugung aus, daß das gegenwärtige Parlament nicht berechtigt sei, über diese große Frage zu entscheiden und erklärt, trotz der Drohung Gladstones, daß das Ministerium, obwohl es die Nothwendigkeit zeitgemäßer Reformen anerkenne, an der irischen Staatskirche festhalten werde. — Hiermit war die Debatte geschlossen. Maguires Antrag und die an ihn geknüpften Amendements werden zurückgezogen. Schluß der Sitzung um 2 Uhr Morgens. — Zum Verständniß der vorstehenden irischen Debatte sei folgende Bemerkung gestattet: Wenn Gladstone seine Drohung pünktlich erfüllt, nämlich daß er ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung werde beantragen müssen, wofern Disraeli nicht eine wesentliche Modifizirung ihrer Vorschläge verspräche, dann ist gestern blos der erste Theil der Debatte über Irland abgeschlossen worden, und müßte der zweite entscheidendere mit einem bestimmten gegen die Regierung gerichteten Antrage durch Gladstone demnächst eröffnet werden. Denn nicht genug, daß Disraeli keinerlei Modifikation versprach, erklärte er in herausforderndster Weise, daß dieses Parlament nicht berechtigt sei, die Frage endgültig zu entscheiden, daß die Regierung bis auf Weiteres an der Staatskirche festhalte und, wenn zum Aeußersten gedrängt, an das Land appelliren werde. Das heißt, auf die Drohung eines Mißtrauensvotums ließ Disraeli die Drohung einer Parlamentsauflösung folgen. Ob es damit Beiden Ernst ist oder nicht, wird sich binnen kürzester Zeit herausstellen müssen.

Lissabon, 19. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rio Janeiro sind folgende Ernennungen Kaiserlich brasilianischer Gesandten erfolgt: Conseallen Areas für London, Maria Lisboa für Lissabon, Fortunato de Brito für Brüssel, Narnaghen für Wien, Aranje Gonder für Mondevideo.

London, 19. März. Die „Times" glauben, daß morgen eine Resolution angekündigt werden wird, welche zum Zwecke hat, daß die Regierung und das Parlament ihre Intentionen hinsichtlich der irischen Kirche darlegen.

Petersburg, 19. März. In Erwiderung auf die Behauptungen der französischen Zeitungen „Pays" und „Siècle", daß Rußland im Orient den Ausbruch von Feindseligkeiten vorbereite, sagt das „Journal de St. Pétersbourg": Die Regierung ebenso wie alle Klassen der russischen Nation wollen den Frieden mit aller Welt, vorausgesetzt, daß nicht ein Angriff auf die Ehre und Würde des Kaiserreichs die Armee auf das Schlachtfeld ruft. Nichts jedoch berechtigt zu der Annahme, daß ein Krieg bevorstehe; die russische Diplomatie vertheidigt unablässig die Interessen des Friedens.

Washington, 22. Februar. Der Senat hat die Ernennung des Mr. Cox zum Gesandten der Union in Wien dem Ausschuß zur nochmaligen Prüfung überwiesen, was gleichbedeutend ist mit einer Verwerfung. Durch letztere würde der Präsident Johnson zu einer neuen Ernennung berechtigt werden. Man glaubt, daß der Ausschuß für das Verbleiben des Mr. Motley auf dem Gesandtschaftsposten in Wien ist.

Pommern.

Stettin, 20. März. Der Appellationsgerichtsrath Günther ist von hier in gleicher Eigenschaft nach Halberstadt versetzt, der Kreisgerichtsrath Krüger in Stralsund zum Rath bei dem Appellationsgericht in Arnsberg und der Kreisgerichtsrath Wex in Greifenhagen zum Rath bei dem Appellationsgericht in Hamm ernannt.

— Die dem Rektor a. D. Herforth unter dem 9. September v. J. ertheilte Konzession zur Errichtung und Leitung einer höheren Privat-Knabenschule in Grabow a. O. ist Seitens der Königlichen Regierung zurückgenommen.

— Im diesseitigen Regierungs-Bezirke sind im Jahre 1867 die Lehrerstellen: a) aus Gemeindemitteln um ca. 1863 Thaler, b) aus Staatsmitteln um 8700 Thlr. verbessert worden.

— Seit Beginn dieser Woche sind die Suppenküchen auf der Lastadie und in Bredow eingegangen.

— Vorgestern Abend verließ eine Wittwe ihre in der Wilhelmsstraße Nr. 5c auf dem Hofe parterre belegene Wohnung und kehrte erst spät in der Nacht dorthin zurück. In der Zwischenzeit ist in der Wohnung auf nicht näher ermittelte Weise Feuer entstanden, welches selbst nicht von Mitbewohnern des Hauses bemerkt worden ist, da es so zu sagen nur „geschweelt" hat. Der entstandene Schade soll sich nach Angabe der Beschädigten indessen auf 234 Thlr. belaufen.

— Die Maschinenbau-Anstalt „Vulkan" hat neuerdings Bestellungen zum Bau von 60 Lokomotiven für Rechnung verschiedener Eisenbahngesellschaften erhalten. — Heute früh lieferte dieselbe wiederum eine Lokomotive, deren Transport per Prahm bei der starken Strömung das Vorlegen von zwei kleinen Dampfern erforderte, auf dem hiesigen Bahnhofe ab.

— Der auf den 17. Juni c. anberaumte Pferdemarkt in Anclam ist auf den 4. Juli c. verlegt.

— Der Arbeitsmann Grabert zu Naugard hat im Monat Dezember v. J. eine durch das Eis des dortigen See's eingebrochene Person und der Zimmergeselle Aug. Winter zu Greifenhagen am 1. Januar d. J. einen 9jährigen Knaben, der durch das Eis der Reglitz eingebrochen war, mit eigener Lebensgefahr von dem Tode des Ertrinkens gerettet. Beiden ist für diese menschenfreundliche Handlung eine Geldprämie bewilligt.

— Aus dem Park des Gutes Eckerberg wurden durch den auf Bredower Antheil wohnenden Arbeiter Zingermann circa 2 Schock Ziersträucher (Rothweiden) abgeschnitten und gestohlen, der Dieb mit seiner Beute indessen auf dem Wege nach seiner Wohnung von einem Polizeibeamten angehalten und so der Diebstahl ermittelt.

Vermischtes.

Gera. Ein zweiter regierender deutscher Fürst ist kürzlich unter die Bühnendilettanten gegangen. Dem Beispiele folgend, das ihm am 29. Februar Herzog Ernst von Koburg-Gotha gegeben, spielte am 7. März Fürst Heinrich XIV. auf Schloß Ostenstein bei Gera in dem Putlitz'schen Lustspiel „Seine Frau" mit der Prinzessin Bentheim, dem Grafen Clairon d'Haussonville, dem Fürsten von Waldenburg und einigen anderen Hofpersönlichkeiten. Die Veranlassung dazu war die silberne Hochzeitsfeier seiner Schwester, die mit einem Fürsten von Bentheim-Tecklenburg verheirathet ist.

Paris. In der juristischen Welt macht ein Giftmordprozeß viel Aufsehen, der gegenwärtig vor den Assisen in Niort (Departement der beiden Sèvres) verhandelt wird. Auf der Anklagebank sitzen eine reiche Wittwe, Besitzerin großer Güter, Mme. Texier, und deren Dienstmädchen; auch ihr Vater, gleichfalls ein reicher Mann, soll ihr behülflich gewesen sein. Das Opfer des Verbrechens war der eigene Schwager der Wittwe, ebenfalls Grundbesitzer und sehr wohlhabend. Der Gemordete war unverheirathet und würde wahrscheinlich den Kindern seines verstorbenen Bruders sein Vermögen hinterlassen haben; die Wittwe fürchtete indeß, er könne zu Gunsten Anderer testiren und laut der Anklageakte soll sie ihn, um dagegen sicher zu sein, durch langsame Vergiftung mittelst Arseniks aus dem Wege geräumt haben. Die Verdachtsgründe wider sie sind allerdings schwer; sie leugnet jedoch und schiebt die durch die chemische Analyse konstatirte starke Arsenikvergiftung auf ein Versehen des Arztes. Sie befindet sich, wie gesagt, in glänzenden Vermögensumständen; der Werth ihrer Güter wird auf eine Mill. Frcs. angegeben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. März. Witterung: schön. Temperatur + 6° R. Wind: S.

Weizen matt, per 2125 Pfd. gelber inländischer 98—104 Rt., feiner 105 Rt., bunter 100—104 Rt., weißer 105—110 Rt., ungarischer 90 bis 98 Rt., 83—85pfd. Frühjahr 103, 102, $101\frac{1}{2}$ Rt. bez. und Gd., Mai-Juni $101\frac{1}{4}$ Rt. Br., Juni-Juli 101 Rt. Br.

Roggen niedriger bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 75—78 Rt., schwerer 83pfd. effektiv 81 Rt., galiz. 74—76 Rt., Frühjahr $75\frac{3}{8}$, $74\frac{1}{2}$, 75 Rt. Gd. u. Br., Mai-Juni do., Juni-Juli $73\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juli-August $69\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste geschäftslos, pr. 1750 Pfd. loco Oderbruch 53—54 Rt., schles. und mähr. 54—55 Rt.

Hafer flau und niedriger, per 1300 Pfd. loco $37\frac{1}{2}$—$39\frac{1}{2}$ Rt., 47—50pfd. pr. Frühjahr $38\frac{3}{8}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 38 Rt. bez.

Erbsen ohne Geschäft, per 2250 Pfd. loco 70—72 nom., Frühjahr Futter- 70 Rt. Gd. u. Br. nom.

Rüböl unverändert, loco $10\frac{3}{4}$ Rt. Br., März $10\frac{7}{12}$ Rt. Br., April-Mai $10\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Br., September-Oktober $10\frac{5}{6}$ Rt. Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $20\frac{1}{3}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{1}{12}$, $\frac{1}{8}$ Rt. bez., Mai-Juni $20\frac{3}{8}$ Rt. Gd., $20\frac{5}{12}$ Rt. Br., Juni-Juli $20\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August 21, $20\frac{11}{12}$ Rt. bez.

Angemeldet: 10,000 Qrt. Spiritus.

Hamburg, 19. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco behauptet. Weizen auf Termine matt. Roggen auf Termine weichend, ab auswärtigen Häfen sehr angeboten, ohne Kauflust. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto $177\frac{1}{2}$ Bankothaler Br., $176\frac{1}{2}$ Gd., März-April 177 Br., 176 Gd., per Frühjahr $176\frac{1}{2}$ Br., 176 Gd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 136 Br., 134 Gd., pr. März-April 134 Br., 133 Gd., per Frühjahr 133 Br., 132 Gd. Hafer sehr still. Rüböl fest, loco $23\frac{1}{2}$, per Mai $23\frac{5}{8}$, per Oktober $24\frac{1}{8}$. Spiritus gemäßigte Forderung, $28\frac{1}{2}$. Kaffee fortdauernd fest. Zink 1000 Ctr. pr. Frühjahr à 13 Mk. 11 Sch. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 19. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. Mai 297, per Juni $293\frac{1}{2}$, pr. Juli 282.

Stettin, den 20 März.

Hamburg ···	6 Tag.	$151\frac{3}{4}$ G	St. Börsenhaus-O. ·	4	—
„ ···	2 Mt.	$151\frac{1}{4}$ B	St. Schauspielh.-O. ·	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	$143\frac{7}{8}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London ·····	10Tag.	6 $25\frac{3}{8}$ B	Pr. National-V.-A. ·	4	120 B
„ ·····	3 Mt.	6 $24\frac{3}{8}$ B	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris ·····	10 Tg.	—	Pomerania ········	4	116 B
„ ·····	2 Mt.	$81\frac{5}{12}$ B	Union ···········	4	107 B
Bremen ···	3 Mt.	—	St. Speicher-A. ····	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	$92\frac{7}{8}$ G	Ver.-Speicher-A. ···	5	—
Wien ·······	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
„ ·······	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ··	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle ········	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C. ··	4	96 B
„ Rentenb.	4	—	Germania ········		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan ··········		110 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle ··	4	114 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges. ··	5	—
St. Stadt-O. ·	$4\frac{1}{2}$	93 B			—